

4. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg, 19.10.2016		
TOP 5	Personalisierte Medizin: Weitere Entwicklung – Bericht der Projektgruppe	

A. Sachverhalt

Die Landesgesundheitskonferenz hat am 15. Oktober 2015 die Einrichtung einer Projektgruppe zur Personalisierten Medizin, die den Sachstand in Baden-Württemberg erheben und Vorschläge für die weitere Entwicklung vorlegen soll, beschlossen. Zur Erfüllung des Auftrages der Projektgruppe sollten insbesondere die Patienten einbezogen werden.

An der Einrichtung der Projektgruppe waren das damalige Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Ministerium für Wissenschaft und Kunst und das Staatsministerium beteiligt. Die Leitung der Projektgruppe hatte Herr Prof. Malek vom Universitätsklinikum Tübingen. Die Projektgruppe hat sich im Zeitraum von Februar bis August 2016 insgesamt vier Mal getroffen. Am 26. Juli 2016 fand ein Workshop zur Personalisierten Medizin statt, bei dem ein von der Projektgruppe vorbereitetes Diskussionspapier mit verschiedenen Fachvorträgen und Diskussionen mit den anwesenden Akteuren beraten wurde. Der nun vorliegende Sachstandsbericht der Projektgruppe ist als Anlage beigefügt.

B. Beschluss

1. Die Landesgesundheitskonferenz nimmt den Bericht der Projektgruppe zur Kenntnis und dankt den Mitgliedern der Projektgruppe - insbesondere Herrn Prof. Malek als Leiter der Projektgruppe für die Erarbeitung des Berichtes.
2. Die Landesgesundheitskonferenz nimmt die darin ausgesprochenen Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der Personalisierten Medizin in Baden-Württemberg zur Kenntnis und bittet das Ministerium für Soziales und Integration, die Empfehlungen aufzugreifen und die in den Empfehlungen ausgesprochene Vernetzung der in Baden-Württemberg bestehenden Ansätze zu begleiten sowie auf die Beteiligung der Patientinnen und Patienten zu achten und sich für diese einzusetzen. Das Ministerium für Soziales und Integration wird gebeten, bei der nächsten Landesgesundheitskonferenz über den aktuellen Sachstand zu berichten.
3. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg wird gebeten, zu prüfen, wie die Zentrumsbildung für Personalisierte Medizin gefördert werden kann.
4. Die Landesgesundheitskonferenz bittet darüber hinaus das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration das Thema in den anstehenden Strategieprozess zur Entwicklung einer digitalen Agenda des Landes einzubeziehen.
5. Das Staatsministerium wird gebeten, die Weiterentwicklung der Personalisierten Medizin weiter zu unterstützen und aktiv zu begleiten.
6. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV) werden gebeten, den Einsatz der Personalisierten Medizin im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu begleiten.

Beschlussfassung mit 1 Enthaltung